

Umwelt. anrichtet. Die weltweite Bekämpfung des Terrorismus werde als Vorwand benutzt, so Schücking, um einen Damm zu stützen, der zu einer Katastrophe für Millionen von Menschen führen kann. Internationale Organisationen sowie indische Umweltschützer, allen voran Sunderlal Bahaguna, kämpfen seit mehr als zehn Jahren gegen den Bau des Staudammes. Tehri wird in einem stark von Erdbeben gefährdeten Gebiet gebaut. Sowohl indische als auch internationale Experten gehen davon aus, daß der Damm nicht in der Lage sein wird, einem Erdbeben der Größenordnung acht auf der Richter-Skala standzuhalten. Die Flutung des besiedelten Gebietes bedeutet, daß die Bewohner der Stadt Tehri sowie der 107 betroffenen Dörfer ordnungsgemäß umgesiedelt und entschädigt werden müssen. Geschieht dies nicht, ist dieses Vorgehen auch nach indischen Gesetzen rechtswidrig. Siemens hat den Auftrag für die Schaltanlage für das Kraftwerk erhalten. Der Auftrag ist für Siemens von großer Bedeutung, da er auf einen Wert von 30 Millionen Euro geschätzt wird.

Die Erteilung der Hermes-Bürgerschaft wird von allen Aktivisten im In- und Ausland als Schlag gegen die Glaubwürdigkeit der im vergangenen April von der Bundesregierung verabschiedeten Reform der Hermes-Bürgerschaften empfunden. Die von der Regierung erteilte Exportbürgerschaft wird zwar nur für eine Teilkomponente des Projektes bereitgestellt, aber sie hat dem Projekt zu einer neuen Legitimation in Indien verholfen.

Hermes geht in einer offiziellen Stellungnahme zum Staudamm-Projekt davon aus, daß die Umsiedlung der betroffenen Bevölkerung bereits im wesentlichen abgeschlossen ist. Laut Heffa Schücking sind im Fall Tehri bisher allerdings erst 28 Prozent der betroffenen Bevölkerung umgesiedelt bzw. entschädigt worden.

Führungswechsel in Uttaranchal

Im Vorfeld einiger Landtagswahlen zeigte die BJP Anzeichen von Nervosität. Niederschlag fand dies in plötzlichen Führungswechseln, zunächst in Gujarat und nun auch in Uttaranchal. Obwohl der Wechsel an der Spitze nicht ganz verwunderte, überraschte dennoch der Zeitpunkt und die Wahl des neuen Chefministers Koshiyari. Koshiyari, Pädagoge mit journalistischer Erfahrung, jedoch wenig nennenswerte Erfahrung in Verwaltung und aktiver Regierungspolitik, gehört der Rajput -Gemeinschaft in Kumaon an. Politische Beobachter beurteilen die Entscheidung für Koshiyari als einen Schachzug gezielter Kastenpolitik. Die Rajputen haben traditionell in der Kumaon Region das Schicksal jeder politischen Partei bestimmt. Sie machen 60 Prozent der Berg-Bevölkerung aus. Die Parteispitze, so wird vermutet, erhofft sich durch die Wahl von Koshiyari die Anerkennung der Rajputen. Die Unbeliebtheit des Vorgängers Nityanand Swamy führen viele BJP-Politiker auf seine Nähe zum altgedienten Congress-Anführer N.D. Tiwari zurück. Anstei-

gende Preise für Grundnahrungsmittel, ausbleibender Erfolg in der Arbeitslosenpolitik, wachsende Kriminalität insbesondere in Dehra Dun sowie die immer größer werdende Beliebtheit der Congress-Partei bringen die BJP-Regierung unter Druck.

Massenverhaftungen von Rauchern

In Südinien sind Anfang November 1.000 Menschen festgenommen worden, weil sie verbotenerweise in der Öffentlichkeit geraucht haben. Die Polizei erwischte die Raucher unter anderem auf Marktplätzen in Chennai (Madras). Gegen Geldstrafen von bis zu 500 Rupien wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt. Rauchen an öffentlichen Plätzen wie Krankenhäusern, Schulen und Hochschulen, Bibliotheken, Gerichten und öffentlichen Verkehrsmitteln ist in Indien seit neuestem auf Anordnung des Obersten Gerichts offiziell verboten.

Dalit Solidarität Deutschland (DaSoDe)

Auf Initiative von *Brot für die Welt* wurde in Frankfurt die Plattform DaSoDe gegründet. Mit von der Partie sind unter anderem die Caritas, der EED und Misso. Die DaSoDe soll den 160 Millionen Kastenlosen/Unberührbaren helfen, Diskriminierungen mit Unterstützung nationaler und internationaler Anstrengungen abzubauen.

Vom Schock zur Gleichgültigkeit

Indische Reaktionen auf den WTC-Anschlag und Amerikas „Krieg gegen den Terrorismus“

Thomas Berger

Entsetzen am Tag des Anschlags. Trauer in der nächsten Zeit auch um indische Opfer. Und ein plötzlich erwachtes Interesse auch des Durchschnittsinders am „Nachbarland“ Afghanistan gehören zur Wahrnehmung des Anschlags vom 11. September sowie seiner geo- wie regionalpolitischen Folgen.

Es war früher Abend, und ich saß mit zwei Freunden in einem Mittelklasse-Restaurant im Zentrum Calcuttas. Alles war ganz normal, bis mit einem Moment alle Blicke auf den in ei-

ner Ecke laufenden Fernseher gerichtet waren und selbst die übermäßige Dienstbarkeit der Kellner - die einem jeden Wunsch schon von den Augen ablesen, bevor man überhaupt weiß, daß man ihn

hat - zum völligen Erliegen kam. Es hätte schon eines sehr lauten Rufes bedurft, den Nächststehenden der dienstbaren Geister aus seiner Erstarrung zu lösen. Doch die Gäste waren gleichfalls erstarrt,

verfolgten mit ungläubigen Gesichtern die ersten BBC-Bilder und Schilderungen über den Flugzeuganschlag auf das World Trade Centre. Später, im Hotel, hing auch dort alles vor den Bildschirmen. Gäste wie Personal wollten sich keine winzige Nachricht entgehen lassen, auch wenn sich zunächst nur immer die gleichen Einstellungen wiederholten. Der Folgetag sah nicht nur in Calcutta Einheimische wie Ausländer gleichermaßen vor den Computern in den Internetcafés. Vor allem Amerikaner hatten zum Teil noch in der Nacht versucht, Verwandte zu erreichen. Den Zeitungsverkäufern auf der Straße wurden die Morgennachrichten mehr als je zuvor regelrecht aus der Hand gerissen, und selbst für den Taxifahrer, den Kleinhändler und den Barbier war New York plötzlich ganz nahe. Der Multi-Anschlag auf das Herz der USA füllte die Zeitungen fast komplett. Zwölf Sonderseiten waren das höchste, was in Calcuttas Gazetten an diesem Tag (12. September) zu zählen war. Das Minimum lag bei sechs, und wer darüberhinaus noch Innenpolitik haben wollte, mußte schon sehr weit nach hinten blättern. Vor allem für den Massentrücktritt von 77 Abgeordneten der Samajwadi Party in Uttar Pradesh, der es sonst umgehend auf Seite 1 ge-

schafft hätte, waren die außenpolitischen Entwicklungen in der verfehlten Breitenwirkung bitter. Einige Blätter brachten ihn gar erst am übernächsten Tag.

Während auf der einen Seite immer klarer wurde, daß auch zahlreiche Indischstämmige unter den Opfern des WTC sind, wurden auf der anderen Seite Überlegungen laut, was die internationalen Entwicklungen nach Bushs ersten Ankündigungen eines „Krieges gegen den Terrorismus“ denn für Indien selbst bedeuten würden. Selbst der einfache Bürger auf der Straße interessierte sich über Nach für regionale Machtspiele zwischen der eigenen Heimat, dem Erzrivalen Pakistan und Afghanistan. Wäre es doch gar nicht soweit entfernt, wenn amerikanische Bomben auf Kabul fielen. Derweil in Calcuttas Straßen Mitarbeiter des Fernsehsenders „Star News“ für eine Befragung nach Amerikanern Ausschau hielten und fast schon verzweifelt jeden Hellhäutigen ansprachen, konnte sich selbst Indiens Techniker-Klasse, die sich sonst als betont apolitisch definiert, bestimmter Stellungnahmen nicht enthalten. Er habe Sorge, wenn die USA tatsächlich Afghanistan angreifen, so ein gerade aus England zurückgekehrter Ingenieur während einer Zugfahrt in seine Heimatstadt.

Enttäuscht zeigte sich Indiens Regierung, als ihr umfassendes Angebot „jeglicher Unterstützung“ bei den Verantwortlichen in Washington regelrecht ins Leere lief, die US-Administration um Bush sich stattdessen voll und ganz auf Pakistan als Partner im Tauziehen mit den Taliban konzentrierte. Stärker hätte der neue amerikanische Präsident Delhi kaum brüskieren können, das denn auch - namentlich durch Außenminister Jaswant Singh - zurückruderte. Doch gesagt ist gesagt, und wie später ein Analyst schrieb: „Die Frau, die sich selbst schon angeboten hat, braucht man nicht mehr extra zu umwerben.“ Unprofessionell sei das Verhalten der indischen Führung gewesen, so der Vorwurf mancher Medien, nachdem sich der erste Staub gelegt hatte. Und auch Vajpayee und sein Team selbst mochten eingesehen haben, daß ihr Agieren mit dem ungefragten Zusichern sämtlicher Hilfe nicht gerade vorteilhaft gewesen war. Schon auf bestem Weg, zum neuen wichtigen Partner der Amerikaner zu werden - George W. Bush wollte sogar sein eigenes Programm ändern, um gemeinsam mit Vajpayee am 24. September am Rande der UN-Tagung über ein „Treffen der Demokratien“ zu präsidieren - und damit eigene regionalpolitische Großmachtam-



Friday Times, 18.11.2001

bitionen wieder hervorkehrend, lag all das nun binnen weniger Tage in Trümmern. Da mochten die Politiker in Delhi, von den Medien zum Teil unterstützt, hundertmal den zweifelhaften Charakter der Liaison Washingtons mit dem pakistanischen Putschistengeneral betonen. Die Scherben der eigenen Pläne waren nicht zu übersehen.

Vor allem mußte auch in Indien erst einmal das verstaubte Material zu Afghanistan wieder aus den hintersten Schubladen geholt werden. Das Bemühen, sich als Nachbarland zu gebärden, obwohl es keine gemeinsame Grenze gibt, war nicht zu übersehen und in manchen Punkten schon fast grotesk. Ging es doch darum, bei der späteren Aufteilung des Kuchens mit am Tisch sitzen zu dürfen. Dabei hatte, von Ausnahmen abgesehen, Indien in jüngerer Vergangenheit von eben diesem „Nachbarn“ nur in einer Hinsicht Notiz genommen - der eigenen Bedrohung durch islamisch-fundamentalistische Kräfte in Jammu & Kashmir, die in der Tat Verbindungen zu den Taliban und jenem Mann haben, dessen

Namen plötzlich jedes Kind kannte: Osama bin Laden. Für die humanitäre Katastrophe in Afghanistan nach 20 Jahren Bürgerkrieg, Dürren und radikalislamischen Feldzügen gegen die eigene Bevölkerung hatte man in Delhi, Calcutta und Bombay bislang kaum mehr Notiz genommen als in Europa oder Amerika. Solange die eigene Sicherheit nicht darunter litt, war Afghanistan auch in Indien - abgesehen von gelegentlichen Elendsreportagen aus den Flüchtlingslagern in „India today“ und ähnlichen Magazinen - ein Null-Thema. Nunmehr mochten viele mit den Namen Kabul, Kandahar, mit König Zahir Shah und der Nordallianz etwas anfangen können, die immer wieder auf den Titelseiten der Zeitungen erschienen.

Doch je unwahrscheinlicher die Auslieferung bin Ladens einer- und ein blitzartiger Militärschlag der USA andererseits wurden, desto mehr erlahmte auch das übermäßige Interesse der Inder. Eine gute Woche hielt sich das Thema auf mehreren Sonderseiten und als Top-Inhalt der Fernsehnachrichten. Mit Ende

des Monats war es an den Rand gedrängt - denn nicht nur die politische Führung in Delhi hatte eingesehen, daß sie mehr Publikum als Akteur bei einer Aktion ist, die trotz aller großartigen Worte wieder einmal nur dem Schutz amerikanischer Eigeninteressen dient. Jene Kräfte, die schon zu Anbeginn relativ ungehört vor einem überschnellen Beitritt in Bushs Anti-Terrorismus-Allianz gewarnt hatten, mochten sich am Ende mit ihrer Skepsis bestätigt fühlen. Zumal sich alsbald zeigte, daß Inder in den USA gleich doppelt Opfer waren. Die Übergriffe auf Sikhs, die im Kanon antiislamischer Propaganda von den aufgeputschten und unwissenden Amerikanern für Muslime gehalten wurden, machten in der alten Heimat Schlagzeilen bis auf Seite 1. Lang und breit wurde berichtet, wie unschuldige Taxifahrer und andere nach den Unruhen von 1984 in Delhi nun erneut in Angst und Schrecken versetzt wurden, in New York oder anderswo um ihr Leben rennen mußten.

Anschlag auf das WTC und seine Folgen

Ali Ashgar Engineer

Die Anschläge vom 11. September 2001 auf die beiden Türme des *World Trade Centre* in New York kann man nur als schrecklich und grauenvoll bezeichnen. Worte reichen nicht aus, um diese Anschläge zu verurteilen, besonders, da sie sich gegen unschuldige Zivilisten richteten, die in keiner Weise mit Politik oder anderen Aufgaben des Staates zu tun hatten. Diese Türme sind wahrscheinlich von den Terroristen ausgewählt worden, weil sie Symbole amerikanischer ökonomischer Vormachtstellung und imperialistische Bauwerke sind. Die Terroristen wollten die Botschaft vermitteln, daß auch eine Großmacht wie Amerika nicht unverletzlich ist.

Moderne Technologie kann schon von der Sache her nicht auf eine bestimmte Region und ein Land beschränkt werden. Das ist ein Irrtum, dem die USA erliegen. Ihre eigene Technologie wurde nun

gegen sie verwendet. Jetzt besteht kein Zweifel mehr, daß auch Araber und Afghanen diese Hochtechnologie beherrschen und so gut koordinierte und präzise Aufgaben durchführen können. Dies erfordert großes Können und erhebliches technisches Wissen. Ich wünschte, diese jungen Männer, die ihr eigenes Leben neben dem von 6.000 unschuldigen Menschen zerstört haben, hätten ihr Können zur Entwicklung technologischer Grundlagen in ihren eigenen Ländern eingesetzt und sich dann mit amerikanischer Militärmacht beschäftigt.

Es ist auch festzuhalten, daß die jungen Männer keineswegs arbeitslose Jugendliche waren, die die Tat aus Frustration begingen, sondern hochgebildete und gelernte Piloten sowie andere Techniker, die zu präziser Planung fähig waren und ihr Leben zugunsten einer Sache opferten. Sie waren also hochmotiviert

und glaubten bedingungslos an ihre Mission. Moderne Technologie in den Händen solcher ideologisch motivierter Einzeltäter kann ebenso verheerend sein, wie in den Händen eines Landes. Die USA bekamen zu spüren, daß sich zwar viele Nationen, die Opfer ihrer Politik sind, sich still verhalten, weil die Interessen ihrer regierenden Kreise mit denen der amerikanischen regierenden Kreise übereinstimmen. Aber einige wütende Bürger, Opfer dieser Nationen, können sich mit tödlicher Wirkung rächen und Unheil bringen. Neben der Zerstörung von Leben und Gut könnten sie ebenso gut auch biologische Waffen mit noch weitaus verheerenderen Folgen einsetzen. Die Reaktion der amerikanischen Regierenden auf die tödlichen Anschläge war nicht die von weisen, reifen Menschen, sondern von solchen, die nur an Rache und Vergeltung denken. Wenn die